

SCHIKANE GEGEN CHINESISCHE ANWÄLTE

Die 21 chinesischen Anwälte, die sich Anfang April in einem Offenen Brief als Rechtsbeistand oder als Strafverteidiger für Tibeter angeboten haben, die aufgrund ihrer Teilnahme an den Unruhen vom vergangenen März inhaftiert wurden, werden von den Behörden massiv schikaniert. Zhou Yongkang, Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros der Kommunistischen Partei und Parteisekretär der Zentralen Politischen und Rechtskommission, informierte die Anwaltsbüros darüber, dass es ihnen nicht erlaubt

sei, ein Mandat für die Tibeter zu übernehmen. Die jährliche Inspektion ihrer Büros und die damit verbundene Erneuerung ihrer Lizenz wurde verschoben, da die Kanzlei, so das Schreiben der Abteilung für Jurisdiktion in Beijing an die Betroffenen, „mit einigen sensiblen Fällen befasst“ sei.

Diese Behinderung durch die Behörden betrifft auch den Pekinger Menschenrechtsanwalt Teng Biao (34), der im April den Offenen Brief der Anwälte mitinitiiert hatte. Er forderte darin die Behörden auf, sich bei der Strafverfolgung

mutmaßlicher tibetischer Demonstranten strikt an die Verfassung und die Gesetze zu halten und nicht zu versuchen, durch Folter Geständnisse zu erpressen.

Teng hat auch die Teilnehmer an den Olympischen Spielen ermutigt, öffentlich gegen Chinas Tibet- und Menschenrechtspolitik Stellung zu beziehen. Die chinesische Regierung werde zwar mit allen Mitteln versuchen, Proteste zu verhindern, aber „es ist für sie schwierig, ausländische Sportler zu bestrafen“ (*Financial Times Deutschland*, 3. Juni 08). *mdc*

„FREE TIBET“ – MADE IN CHINA

In Südchina ist die Polizei auf eine Fabrik gestoßen, die auf Bestellung aus dem Ausland „Free Tibet“-Flaggen hergestellt hat, berichtet die BBC am 28. April dieses Jahres. Der Inhaber und die Arbeiter des Unternehmens in Kanton gaben an, sie hätten in dem Glau-

ben gehandelt, lediglich farbenprächtige Fahnen zu produzieren, ohne sich über deren politischen Charakter klar zu sein. Erst als einige von ihnen durch Berichte im Fernsehen erkannten, dass diese Flagge bei anti-chinesischen Protesten mitgeführt wurde, habe man

sich im Internet kundig gemacht und dann die Behörden informiert, berichtet die Hongkonger Zeitung *Ming Pao*.

Tausende von Flaggen waren bereits versandfertig gepackt. Die Polizei geht davon aus, dass ein großer Teil bereits geliefert wurde. *mdc*

TIBETOLOGEN SCHREIBEN AN HU JINTAO

Eine Gruppe von 78 Tibetologen von internationalem Renommee hat sich am 27. März 2008 in einem Offenen Brief an den chinesischen Staatspräsidenten Hu Jintao und die Regierung der Volksrepublik China gewandt und ihre Besorgnis über die Krise in Tibet zum Ausdruck gebracht.

Unter anderem schreiben sie: „Angesichts dessen, was in Tibet geschieht, ist Schweigen keine Alternative mehr. Gegenwärtig scheint das vorrangige Ziel der Verantwortlichen in den tibetischen Gebieten innerhalb Chinas,

die inzwischen vom übrigen China und der Außenwelt isoliert wurden, die Unterdrückung abweichender politischer Meinungen zu sein... Als Wissenschaftler haben wir ein begründetes Interesse an freier Meinungsäußerung. Die Verletzung dieser Grundfreiheit und die Kriminalisierung von Äußerungen, die die chinesische Regierung nicht hören mag, sind kontraproduktiv. Sie werden Instabilität und Spannungen nur verstärken und nicht vermindern... Dem Dalai Lama die gegenwärtigen Unruhen zuzuschreiben,

zeugt vom Unwillen der chinesischen Regierung, ihre politischen Versäumnisse, die wohl die wahre Ursache der weit verbreiteten Unzufriedenheit sind, anzuerkennen und sich mit ihnen auseinanderzusetzen. Die anhaltende Dämonisierung des Dalai Lama durch die chinesische Regierung, die weit unter allen Standards des akzeptierten Diskurses der internationalen Gemeinschaft liegt, trägt nur dazu bei, die tibetische Frustration und Entfremdung weiter zu schüren. So ist eine Situation geschaffen worden, der



gegenüber wir nur aufs Schärfste protestieren können... Deshalb fordern wir Sie auf, die Gewaltanwendung gegen die Tibeter in China unverzüglich zu beenden. Wir fordern Sie auf, die Unterdrückung des Rechts der Tibeter auf freie Meinungsäußerung zu beenden... Und wir fordern eine eindeutige Bestätigung, dass den Tibetern zu-

sammen mit allen Bürgern Chinas das volle Recht auf Rede- und Meinungsfreiheit zugestanden wird, das durch internationale Verträge und anerkannte Menschenrechtsnormen garantiert und akzeptiert ist.“

Den 78 Erstunterzeichnern haben sich inzwischen mehrere Hundert weitere Wissenschaftler aus der gan-

zen Welt angeschlossen, so dass die Gesamtzahl jetzt – Stand 12. Juni – bei 615 liegt.

Interessant ist ein Blick auf die Liste nicht zuletzt dadurch, dass man immer wieder feststellen muss, dass einige bekannte Namen nach wie vor fehlen. *mdc*

(<http://www.tibetopenletter.org/>)

MASSENANSIEDLUNGEN VON CHINESEN IN TIBET?

In einem Interview mit der Zeitung *The Guardian*, das der Dalai Lama während seines England-Besuches im Mai 2008 gab, äußerte er die Befürchtung, dass China die Absicht habe, nach dem Ende der Olympiade bis zu einer Millionen Chinesen in Tibet anzusiedeln. Nach Informationen „aus der militärischer Quelle“, die ihm aus Tibet vorlägen, seien über die vergangenen zwei Jahre mehrere

Gegenden von Geometern vermessen und Land, offensichtlich für künftige Bauvorhaben, abgesteckt worden. China wolle aber mit der Implementierung bis nach Abschluss der Olympiade warten, wohl um negative Publizität zu vermeiden. Eine entsprechende Erklärung gab auch Kelsang Gyaltzen, der Gesandte des Dalai Lama für die Gespräche mit der chinesischen Regierung, Ende Mai vor

dem Unterausschuss für Menschenrechte des Europäischen Parlaments in Brüssel ab. Thomas Mann, der Präsident der Tibet-Intergroup des EP, interpretierte diese Meldung als Warnung und erklärte in seiner Pressemitteilung vom 29. Mai: „Die mögliche Ansiedlung einer derartigen Anzahl von Chinesen dürfte dem für die Existenz Tibets erforderlichen Autonomiestatus ein Ende bereiten.“ *mdc*

NÄCHSTER SINO-TIBETISCHER DIALOG VERSCHOBEN

Am 11. Juni hätten die Gesandten des Dalai Lama eine neue – siebte – Dialogrunde mit der chinesischen Führung aufnehmen sollen, jedoch wurde das Treffen von Peking kurzfristig abgesagt. Es soll zu einem noch nicht genannten späteren Zeitpunkt stattfinden. Die Absage wurde mit den noch immer bestehenden Problemen nach dem Erdbeben in Sichuan begründet.

Der chinesische Außenminister Yang Jiechi forderte am 10. Juni bei einem Besuch in Rom den Dalai Lama und die Tibetunterstützer auf, jegliche Tibet-Protteste sowie Versuche, „die Olympischen Spiele zu ruinie-

ren“, einzustellen. Dies sei die Voraussetzung für weitere Gespräche mit Vertretern des Dalai Lama.

Beobachter spekulieren, dass China wieder einen härteren Standpunkt zum Dialog einnehmen könnte, da Peking sich nach den ausländischen Sympathie- und Mitleidsbekundungen infolge des Erdbeben wieder in einer stärkeren Position sehe. Außerdem deutet das nach wie vor bestehende Einreiseverbot in tibetische Regionen und die starke Militärpräsenz darauf hin, dass sich China offenbar nicht sicher ist, die Situation voll im Griff zu haben. Immer noch dringen

Berichte über anhaltende, wenn auch kleinere Proteste, gerade aus Osttibet, ins Ausland.

Vom 5.–7. Mai hatte es in der südchinesischen Stadt Shenzhen eine außerordentliche Gesprächsrunde zwischen den Gesandten des Dalai Lama und Vertretern der chinesischen Führung gegeben, bei der jedoch nur über die aktuelle Situation in Tibet gesprochen wurde. Als enttäuschend wurde empfunden, dass die staatlich gelenkten chinesischen Medien nicht einmal während dieser Gespräche ihre wüsten Beschimpfungen des Dalai Lama einstellten. *mdc*